

## **1. Welche Position vertritt Ihre Partei in Bezug auf eine verlässliche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement?**

Viele Berlinerinnen und Berliner engagieren sich freiwillig für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt, sie bringen ihre Ideen ein und spenden Zeit und Geld. Das Spektrum der Aktivitäten reicht von der Nachbarschaftshilfe über soziale Tätigkeiten, freiwilliges Engagement in Vereinen, Bürgerinitiativen, Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften bis hin zum Wirken von Stiftern und Mäzenen.

Engagement und Initiative der Bürgerinnen und Bürger sind unverzichtbar für Berlin. Die SPD setzt sich deshalb für optimale Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement ein. Dazu gehört, dass der freiwillige Einsatz wahrgenommen, anerkannt und gewürdigt wird. Um eine Kultur der Anerkennung und des Dankes für freiwilliges Engagement zu fördern, hat die SPD in der Regierung vielfältige Instrumente der Anerkennungskultur erfolgreich etabliert.

2005 hat der Senat eine Sammel-Haftpflicht- und Unfallversicherung für ehrenamtlich Aktive und freiwillig Engagierte in Berlin abgeschlossen und damit auch die Engagierten in vielen kleinen, rechtlich unselbständigen Initiativen, Gruppen und Projekte abgesichert. Im gleichen Jahr wurde der FreiwilligenPass eingeführt. Er ist ein Dokument der ideellen Anerkennung für das bürgerschaftliche Engagement und dient gleichzeitig als Nachweis der dabei erworbenen Qualifikationen. Damit kann der FreiwilligenPass im Bildungs- und Ausbildungsbereich sowie bei Einstieg oder Wiedereinstieg in das Berufsleben nützlich sein. Hinzu kommt die Ehrennadel für besonderes soziales Engagement und die Anerkennungskultur für Stifter und Mäzene, die im Neustifterempfang und dem Berliner Stiftungstag zum Ausdruck kommen. Seit 2011 gibt es außerdem die Berliner Ehrenamtskarte für besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger, mit der die Engagierten vergünstigten oder kostenfreien Eintritt zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen erhalten.

## **2. Welche Verbesserungen kann sich Ihre Partei diesbezüglich vorstellen?**

Die SPD will bürgerschaftliches Engagement noch stärker fördern. Dafür werden wir öffentlich werben, gerade auch bei Jugendlichen. Die Einführung von FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr)-Einsatzstellen an Schulen und die Zusammenarbeit mit Jugendfreiwilligendiensten, die unbürokratische Unterstützung der Jugendlichen, z.B. durch Fahrtkostenreduzierung und Gebührenbefreiung, sind wichtige Elemente, frühzeitig einen Sinn für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Dazu gehört auch die Umsetzung des vom Land Berlin und dem Landesjugendring beschlossenen Abkommens für die Jugend. Wir möchten dabei auch und gerade das Engagement der Ehrenamtlichen in den Freiwilligen Feuerwehren würdigen, die einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten. Wir wollen ehrenamtlich Engagierte unterstützen, wenn ihre eigenen Mittel nicht ausreichen, und ihnen beispielsweise im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Fahrkarten für den ÖPNV kostenlos zur Verfügung stellen. Die

Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche wollen wir weiterentwickeln.

### **3. Wie steht Ihre Partei finanziellen Anreizen als Teil einer Anerkennungskultur gegenüber?**

Bürgerschaftliches Engagement ist und bleibt Ehrensache, aber Dank und Anerkennung gehören auch dazu. In diesem Rahmen hält die SPD finanzielle Anreize als Teil der Anerkennungskultur für sinnvoll, die Ehrenamtspreise der Bezirke sind ein gelungenes Beispiel dafür. Besonders wichtig ist es uns, Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu ehrenamtlichem Engagement zu eröffnen und sie beispielsweise durch kostenlose Fahrkarten zu unterstützen. Darüber hinaus regen wir auch die Berliner Unternehmen an, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, sich zu engagieren und das Engagement ihrer Beschäftigten zu fördern. Einige Unternehmen haben hier bereits vorbildliche Modelle entwickelt.

### **4. Wie kann die verlässliche Finanzierung für das „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement sichergestellt werden?**

Das Landesnetzwerk Bürgerengagement leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin, indem es die Potenziale der verschiedenen Akteure bündelt, Kompetenzen und Ressourcen verbindet und gemeinsame Projekte entwickelt. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Berliner Beratungs- und Informationszentrum rund um das bürgerschaftliche Engagement hat gleichzeitig auch die Geschäftsführung des Landesnetzwerks inne. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft wird über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren finanziell verlässlich abgesichert.

### **5. Welchen Stellenwert haben europäische Themen und insbesondere das Engagement zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit? Nach dem derzeitigen Stand sieht die Landesregierung keine finanzielle Unterstützung des Europäischen Jahrs der Freiwilligkeit vor.**

Die SPD hält es für sehr wichtig, in ganz Europa günstige Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten zu schaffen. Insbesondere sollten Freiwilligenorganisationen gestärkt, die Qualität und die Anerkennung der Freiwilligentätigkeiten verbessert werden. Diese Ziele verfolgt auch das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011, das deshalb unsere volle Unterstützung findet. Das Europäische Parlament hat EU-Mittel in Höhe von 3 Mio Euro für vorbereitende Maßnahmen 2010 und 8 Mio Euro für das Jahr 2011 selbst zur Verfügung gestellt. In Deutschland liegen die Schwerpunkte der Umsetzung auf der Stärkung der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft, auf generationenübergreifenden Aktivitäten und der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade letzteres Anliegen ist aus Berliner Sicht besonders bedeutsam. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales als Berliner Ansprechpartnerin für die Umsetzung des Europäischen Jahrs unterstützt zahlreiche Veranstaltungen anderer Partner, z.B. den Berliner Stiftungstag im Berliner Rathaus, die

gemeinsame Konferenz zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, den Kongress gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die Berliner Freiwilligenbörse und viele andere mehr.

**6. „Aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement ist fest überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement in allen Parteien eine zentrale Rolle spielen muss und zivilgesellschaftliche Vertreter bei der Umsetzung von Integrationsstadtteilkonzepten beteiligt werden müssen. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Prozess der Beteiligung der Zivilgesellschaft an Stadtteilkonzepten, besonders bei Integrationskonzepten, zu garantieren und zu festigen?**

Ziel unserer Politik ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Berlins gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dazu sind Orte und Räume nötig, die leicht erreichbar sind und allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen. Die Stadtteilzentren und die dazu gehörenden Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen bieten dazu die Voraussetzung. Ihr Aufgabenfeld reicht von der Stärkung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements über Quartiersentwicklung und Selbsthilfe bis zur Förderung der Nachbarschaftsbeziehungen. Über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren ist die finanzielle Sicherung von mehr als 50 Nachbarschaftszentren, Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen, Seniorenprojekten und weiteren Projekten zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe bis Ende 2015 gesichert.

Die SPD will bestehende Beteiligungsgremien und Kommunikationsplattformen als Träger einer aktiven Stadtgesellschaft in ihrer Arbeit stärken. Denn Stadtentwicklung ist dann erfolgreich, wenn sie in gemeinsamer Verantwortung von Bürgerinnen und Bürgern, den gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen sowie der Wirtschaft gestaltet wird.

Die SPD unterstützt bürgerschaftliche Beteiligungsprozesse wie Bürgerinitiativen, Betroffenenvertretungen oder Runde Tische. Auch für die Soziale Stadtentwicklung als Berliner Strategie zur Überwindung ungleicher Lebenslagen hat bürgerschaftliches Engagement zentrale Bedeutung. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

**7. Unterstützt Ihre Partei die Gründung einer Beratungs- und Informationsstelle zur Fördermittel-Akquise im Bürgerschaftlichen Engagement?**

**8. Unterstützt Ihre Partei eine Umstellung von einer kurzfristigen zu einer langfristigen Finanzierung einer Engagement fördernden Kultur?**

Die SPD setzt sich für die langfristige Finanzierung einer Engagement fördernden Kultur ein. Die Stadtteilzentren verfügen mit dem Infrastrukturförderprogramm bereits über eine finanzielle Absicherung bis 2015, ebenso langfristig finanziert das Land Berlin das Integrierte Sozialprogramm.

**9. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, ungenutzte öffentliche Infrastruktur kostenlos für**

### **Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement zugänglich zu machen?**

Ungenutzte öffentliche Infrastruktur ist jetzt schon vielfach für Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement nutzbar, über die Nutzung entscheiden zur Zeit die Bezirke.

### **10. Erkennt Ihre Partei die berlinweite Bedeutung des Bürgerengagements sowie die von „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement als Ressort übergreifenden Fachverband an?**

Die SPD erkennt und schätzt sowohl die Bedeutung des Bürgerengagements als auch die Bedeutung des Landesnetzwerks Bürgerengagement. Ob sich das Landesnetzwerk zu einem Ressort übergreifenden Fachverband entwickelt, bleibt aus unserer Sicht den Akteuren überlassen.